



Haushalts- und Finanzausschuss

58. Sitzung (öffentlicher Teil)^{*)}

12. Juni 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 11:05 Uhr;

13:15 Uhr bis 15:15 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1	Aktuelle Situation und Geschäftsentwicklung der Landesbank NRW und der WestLB AG	1
----------	---	----------

Gespräch mit dem Vorsitzenden des Vorstandes der Landesbank NRW, Herrn Dr. Bernd Lüthje, und dem Vorstandsvorsitzenden der WestLB AG, Herrn Jürgen Sengera

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig, **vertraulich** zu beraten (s. *Vertr. APr 13/27*).

^{*)} Vertraulicher Teil zu TOP 1 s. *Vertr. APr 13/27*

- 2 **Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Nachtragshaushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung - BVO) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2003 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2003 (Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 2003)** 1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4000

Der Ausschuss diskutiert einzelne Aspekte des Nachtragshaushaltsentwurfs mit den Vertretern des Finanzministeriums.

Der **Antrag** von Helmut Diegel (CDU)

"Der Ausschuss beschließt, dass das Parlament durch die Landesregierung zur nächsten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses über die beabsichtigte Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe titelscharf informiert werden soll."

wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und einer Stimme aus der FDP-Fraktion bei einer Stimmenthaltung aus der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Die abschließende Beratung soll in der nächsten Sitzung erfolgen.

- 3 **Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 4. Quartal des Haushaltsjahres 2002 und Zusammenstellung der Überschreitungen mit Beträgen unter 25.000 Euro im gesamten Haushaltsjahr 2002** 11

Antrag des Finanzministeriums
Vorlage 13/2135

Nach kurzer Aussprache **empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und FDP, die mit Vorlage 13/2135 mitgeteilten über- und außerplanmäßigen Ausgaben **zu genehmigen**.

Berichtersteller: Wolfgang Dietrich (CDU)

4 Handlungsfähigkeit gewinnen durch nachhaltige Finanzpolitik - Instrumente zur Evaluation langfristiger Haushaltsentwicklungen einsetzen 12

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksachen 13/2645 und 13/3341
Ausschussprotokoll 13/780

Die Beratung wird einvernehmlich vertagt.

5 Das Gesetz zur Errichtung des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW (BLBG) einer kritischen Prüfung unterziehen 12

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2282

In Verbindung damit:

Autonomie ernst nehmen - Nordrhein-Westfälische Hochschulen aus der Zuständigkeit des Bau- und Liegenschaftsbetriebes entlassen!

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/2290

Vorlagen 13/2134, 13/2136

Ausschussprotokoll 13/814

Der **Antrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/2282** wird von der antragstellenden Fraktion als **erledigt** betrachtet.

Der **Antrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/2290** wird ohne erneute Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP **abgelehnt**.

6 Autonomie der Hochschulen stärken: Umwandlung in Stiftungen ermöglichen! 13

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3805

Der Ausschuss **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss ohne Aussprache mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU, den **Antrag abzulehnen**.

- 7 Wirtschaft nicht weiter verunsichern: Basel II darf so nicht in Kraft treten** 13
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksachen 13/3285 und 13/3769
Ausschussprotokoll 13/854
- Der Ausschuss **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss ebenfalls ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den **Antrag abzulehnen**.
- 8 Steuerbefreiung für Übungsleiter im Sport und andere als gemeinnützig anerkannte Tätigkeiten** 13
- Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3593
Vorlagen 13/2133 und 13/2161
- Nach kurzer Aussprache wird der **Antrag** mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP **abgelehnt**.
- 9 Gesetz zur Weiterentwicklung der Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrtspflege** 14
- Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2942
Ausschussprotokoll 13/804
- Ohne erneute Beratung **empfiehlt** der Ausschuss dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP, den **Gesetzentwurf abzulehnen**.
- 10 Kostenfreiheit des Bildungsangebotes von Tageseinrichtungen für Kinder** 14
- Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3716
- Der Ausschuss **beschließt** ohne Diskussion einstimmig, den Antrag **ohne Votum** an den federführenden Ausschuss weiterzugeben.

11 Initiative für Wachstum, Beschäftigung und Gerechtigkeit 15

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3445

In Verbindung damit:

Gemeinsame Initiative für Wachstum, Beschäftigung und Gerechtigkeit

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3473

Und:

Mittelstand entlasten - neue Arbeitsplätze für NRW schaffen

Entschließungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3471

Der Ausschuss **beschließt** ebenfalls ohne Diskussion einstimmig, gegenüber dem federführenden Ausschuss **kein Votum** abzugeben.

12 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Umsetzung des Pflegeversicherungsgesetzes (Landespflegegesetz Nordrhein-Westfalen - PFG NW) 15

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/3498

Ausschussprotokoll 13/846

Nach kurzer abschließender Debatte **empfiehlt** der Ausschuss dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den **Gesetzentwurf anzunehmen**.

13 Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen 17

Vorlage 13/2142

Der Ausschuss nimmt ohne Aussprache von der Vorlage Kenntnis.

14 Verschiedenes 17

Eine Verschiebung sei nicht möglich, meint der **Vorsitzende**. - Der **Ausschuss** folgt dem hilfswise vorgetragenen Wunsch von Frau Freimuth und beschließt einstimmig, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss weiterzugeben.

11 Initiative für Wachstum, Beschäftigung und Gerechtigkeit

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3445

In Verbindung damit:

Gemeinsame Initiative für Wachstum, Beschäftigung und Gerechtigkeit

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3473

Und:

Mittelstand entlasten - neue Arbeitsplätze für NRW schaffen

Entschließungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3471

Vorsitzender Volkmar Klein trägt vor, der HFA sei mit beratend tätig, während das Plenum den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung mit der federführenden Beratung beauftragt habe. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort am 18. Juni erfolgen, sodass der HFA auch hierzu heute votieren müsse.

Von der Referentenrunde sei empfohlen worden, auf eine Debatte zu verzichten; die SPD-Fraktion habe vorgeschlagen, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss weiterzugeben.

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig, auf ein Votum zu verzichten.

12 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Umsetzung des Pflegeversicherungsgesetzes (Landespflegegesetz Nordrhein-Westfalen - PfG NW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/3498

Ausschussprotokoll 13/846

Der **Vorsitzende** erinnert an die öffentliche Anhörung, die der federführende AGS-Ausschuss am 30. April durchgeführt habe und an der der HFA nachrichtlich beteiligt gewesen sei. Da der federführende Ausschuss seine Beratungen am 18. Juni abschließen wolle, sei auch hier über ein Votum zu entscheiden.

Haushalts- und Finanzausschuss
58. Sitzung (öffentlicher Teil)

12.06.2003
ei-hoe

Helmut Diegel (CDU) äußert große Bedenken, ob dieser Gesetzentwurf beschlussreif sei. Aufgrund der Anhörung solle es noch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen geben, die den Oppositionsfraktionen nicht vorlägen. Wenn heute abgestimmt werde, werde die CDU-Fraktion, so lange sie die Änderungsanträge nicht kenne, gegen den Gesetzentwurf stimmen. Sollte es den Koalitionsfraktionen möglich sein, die Anträge heute vorzulegen oder zu erläutern, könnte sich die CDU-Fraktion noch bewegen.

Gisela Walsken (SPD) bestätigt, dass es Änderungsanträge geben werde. Die SPD-Fraktion habe aber erst am kommenden Dienstag Gelegenheit, darüber zu beraten. Deshalb könne sie heute dazu noch keine Hinweise geben.

Edith Müller (GRÜNE) äußert die Bitte, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss zurückzugeben. Sie finde das zwar bedauerlich, weil der Gesetzentwurf erhebliche finanzielle Auswirkungen habe; die Meinungsbildung sei aber leider noch nicht so weit gediehen, dass heute die Änderungsanträge vorgelegt werden könnten.

Mit dem Verfahren wäre **Helmut Diegel (CDU)** einverstanden, wenn die Beschlussfassung nicht erhebliche finanzielle Auswirkungen betreffen würde. Es gehe u. a. um die Frage der Freistellungsgrenze von 10.000 €, um die Beträge für die ambulante Pflege, um den Investitionsbedarf usw. Das alles sei finanzrelevant. Der HFA könne den Antrag nicht weiterreichen, ohne die finanziellen Auswirkungen zu kennen.

Die von Herrn Diegel angesprochenen Punkte seien nicht finanzwirksam für das Land, bemerkt **Günter Garbrecht (SPD)**. Der Haushalts- und Finanzausschuss habe in erster Linie die finanziellen Auswirkungen eines Gesetzes für das Land zu beurteilen. Er halte deswegen den Gesetzentwurf trotz der Diskussionen, die noch anstünden, für abstimmungsfähig. Die SPD-Fraktion werde keine Verzögerung hinnehmen, die ein Inkrafttreten des Gesetzes zum 1. August infrage stelle. Denn das Urteil des OVG zur Frage des Pflegewohngeldes habe eine Situation geschaffen, in der die Kommunen, solange das Gesetz nicht in Kraft sei, enorm belastet würden. Diesen Zustand wolle die SPD-Fraktion keinesfalls akzeptieren.

Die CDU-Fraktion wolle gar nichts verzögern, erwidert **Helmut Diegel (CDU)**, sondern sie erwarte, die Änderungsvorstellungen der Koalitionsfraktionen mitgeteilt zu bekommen, um Beschlüsse fassen zu können. Es gebe erhebliche Auswirkungen für freie Träger, für Kommunen, aber auch im Hinblick auf zukünftige Belastungen, was das Pflegewohngeld angehe. Das Parlament sei in der Pflicht, mit dem Gesetzentwurf die richtige Richtung vorzugeben. Ohne Kenntnis der Änderungsvorstellungen könne die CDU-Fraktion nur davon ausgehen, dass der Gesetzentwurf nicht beschlussreif sei.

Dr. Stefan Grüll (FDP) entgegnet Herrn Garbrecht, es möge sein, dass der Gesetzentwurf keine Auswirkungen auf die Landesfinanzen habe. Auf die Kommunalfinanzen habe der Gesetzentwurf aber unstreitig erhebliche Auswirkungen. Für sein Verständnis

Haushalts- und Finanzausschuss
58. Sitzung (öffentlicher Teil)

12.06.2003
ei-hoe

dürfe der Haushalts- und Finanzausschuss nicht nur auf die Landesfinanzen achten, sondern sein Verantwortungsbereich erstreckte sich auch auf die Kommunen.

Im Übrigen habe er den Eindruck, dass die Koalitionsfraktionen den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss weiterleiten wollten, weil sie ihn so für nicht zustimmungsfähig hielten. Es wäre ein bemerkenswertes Signal, wenn der Gesetzentwurf heute von allen vier Fraktionen abgelehnt würde.

Günter Garbrecht (SPD) entgegnet, die Interessen der Kommunen habe in erster Linie der Ausschuss für Kommunalpolitik wahrzunehmen, der bei diesem Gesetzentwurf auch mitberatend tätig sei. Von daher halte er es für richtig, wenn der Haushalts- und Finanzausschuss seine Mitberatung auf den Aspekt der Landesfinanzen fokussiere.

Unter der Voraussetzung, dass das Inkrafttreten nicht hinausgezögert werde, hätte **Edith Müller (GRÜNE)** nichts dagegen, die Abstimmung zu verschieben.

Gisela Walsken (SPD) weist darauf hin, dass die Plenarsitzung am 3. Juli erreicht werden müsse. Deshalb wolle der federführende Ausschuss am 18. Juni entscheiden. Der HFA müsse also eine zusätzliche Sitzung bis zum 18. Juni durchführen oder heute abstimmen und dabei die Ablehnung durch die Oppositionsfraktionen in Kauf nehmen.

Da der **Ausschuss** keinen geeigneten Termin für eine zusätzliche Sitzung findet, sieht der **Vorsitzende** keine andere Möglichkeit, als jetzt abzustimmen. - Der **Ausschuss** stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen zu.

13 Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage 13/2142

Keine Wortmeldungen. - **Vorsitzender Volkmar Klein** stellt fest, dass der Ausschuss von der Vorlage Kenntnis genommen habe.

14 Verschiedenes

Dem Vorschlag des **Vorsitzenden**, sich an der Anhörung des AGS-Ausschusses zum Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen und zur Änderung anderer Gesetze - Drucksache 13/3855 - nachrichtlich zu beteiligen, stimmt der **Ausschuss** einvernehmlich zu.